



Aktuelle Informationen und Neuigkeiten für Rechtsanwälte im Fachbereich Familienrecht

Erste Erfahrungen mit dem neuen Versorgungsausgleichsgesetz (VersAusglG)

1. Antrag nach § 37 VersAusglG

Sachverhalt: Mandant wurde 1990 geschieden; VA betrug zu Lasten seiner Beamtenversorgung 700 DM monatlich; frühere Ehefrau ist vor ihrem Rentenbeginn im Jahre 2000 verstorben: Sie war wieder verheiratet und hinterließ einen Witwer, der nach ihrem Tod Witwerrente erhielt; Mandant hatte im Jahre 2000 einen Antrag nach § 4 VAHRG gestellt. Diesem Antrag wurde nicht entsprochen mit der Begründung, dass der Witwer eine laufende Witwerrente erhält.

FOLGE: Seit dem Pensionsbeginn meines Mandanten am 1.4.2007 wurde seine Beamtenversorgung um den dynamischen VA-Betrag gekürzt.

Am 27.8.2009 habe ich einen Antrag nach § 37 VersAusglG beim zuständigen Beamtenversorgungsträger gestellt, obwohl das VersAusglG zu diesem Zeitpunkt noch nicht in Kraft war. Der Beamtenversorgungsträger hat den Antrag so interpretiert, als sei er am 1.9.2009 gestellt worden und hat die Pension ab dem **1.10.2009** wieder in voller Höhe gezahlt. Aufgrund dessen, dass nach „neuem Recht“ eine Hinterbliebenenversorgung für die Anpassung nach § 37 VersAusglG UNSCHÄDLICH ist, erhielt mein Mandant wieder seine volle Pension.

Hinweis: Ein anderer „Beamtenversorgungsträger“ hat bei ansonsten gleichem Sachverhalt die ungekürzte Pension **ab dem 1.9.2009** gewährt.

Ergebnis: Gleicher Sachverhalt mit unterschiedlicher Auslegung und unterschiedlichem Ergebnis.

Aufgrund dessen, dass der Antrag nach §§ 37/38 VersAusglG erst ab dem 1.9.2009 gestellt werden konnte (ein Antrag vor dem 1.9.2009 galt als Antrag nach § 4 VAHRG) sieht es so aus, dass die ungekürzte Versorgung frühestens ab dem 1.10.2009 gewährt werden konnte.

2. Entscheidung nach dem ab dem 1.9.2009 geltenden Recht

Ein Familiengericht, für das ich oft tätig bin, sandte mir am 10.9.2009 die Gerichtsakte mit Versorgungsauskünften aus dem Jahr 2008. Das Verfahren war abgetrennt worden und wurde am 4.9.2009 wieder aufgenommen, so dass eine Entscheidung nach „neuem Recht“ zu erfolgen hatte (§ 48 Abs. 2 VersAusglG). Der Beschluss lautete, dass eine Berechnung und Durchführung des VA nach „neuem Recht“ vorgenommen werden soll.

Ich habe dem Gericht die Akte zurückgesandt mit dem Hinweis, dass das Gericht von sämtlichen Versorgungsträgern neue Auskünfte „nach neuem Recht“ einholen muss, damit eine Entscheidung nach „neuem Recht“ erfolgen kann. **Eine Entscheidung nach „neuem Recht“ ohne neue Auskünfte, die nach „neuem Recht“ zu erteilen sind, ist nicht möglich.**

3. Anfrage eines betrieblichen Versorgungsträgers

Eine Sachbearbeiterin eines betrieblichen Versorgungsträgers rief mich an und wollte wissen, wie eine Versorgungsauskunft nach „neuem Recht“ erfolgen muss und welche Folgen eine Entscheidung nach „neuem Recht“ für den Betrieb haben würde. Der für den Versorgungsausgleich zuständige Mitarbeiter des Betriebes – ca. 500 Mitarbeiter – hatte sich bisher noch nicht mit dem „neuen Recht“ befasst, hatte keine Kenntnis, was der Betrieb machen muss, was interne und externe Realteilung bedeutet, ob und in welcher Höhe Kosten für die interne Teilung geltend gemacht werden sollen/können, ob und wie die Satzung/Versorgungsordnung/Betriebsvereinbarung geändert werden soll, ob eine Teilungsregelung geschaffen werden und wie sie aussehen soll. **Mit anderen Worten: Er hat sich noch nicht für das „neue Recht“ INTERESSIERT.**

Fazit: „Kleinere“ Betriebe sind sich offensichtlich noch nicht bewusst, welche Rechte und Pflichten das „neue Recht“ mit sich bringt. Daher sollten die Auskünfte von „kleineren“ **Betrieben – aber auch die anderer Betriebe** – sorgfältig geprüft werden, da eine Korrektur der Entscheidung oder eine Anpassung (§ 33 – 38 VersAusglG) nicht mehr erfolgen kann.

4. Antrag nach § 51 Abs. 3 VersAusglG

Ich habe für eine Mandantin (Rentnerin seit dem 1.7.2009) Anfang September 2009 einen Antrag nach § 51 Abs. 3 VersAusglG gestellt mit der Begründung, dass eine Abänderung nach „neuem Recht“ vorzunehmen ist, weil die Voraussetzungen für eine Abänderung nach § 51 Abs. 3 VersAusglG erfüllt waren. Die Erstentscheidung basierte auf folgenden Ehezeitanteilen:

	Mann	Frau
Gesetzliche Rentenversicherung:	1.248,80 DM	195,50 DM
ZVöD – Nominalwert: 870,50 DM	<u>168,67 DM</u>	<u>0,00 DM</u>
Dynamisierter Betrag: 168,67 DM	1.417,47 DM	195,50 DM

Der dynamisierte und aktualisierte Ehezeitanteil in Höhe von 226,71 DM* war mehr als 5 % niedriger als der damalige Nominalbetrag in Höhe von 870,50 DM, so dass die Abänderungsvoraussetzungen erfüllt waren mit dem Ergebnis, dass das Gericht neue Auskünfte nach „neuem Recht“ eingeholt hat – diese liegen mir allerdings noch nicht vor -.

* die Berechnung habe ich hier nicht aufgeführt

Ergebnis: Meine Mandantin wird durch die geringfügige Betterbewertung der Kindererziehungszeit für 1 Kind einen geringfügig niedrigeren Ausgleich der beiderseitigen ehezeitlichen Rentenanwartschaften aus der gesetzlichen Rentenversicherung erhalten. Allerdings wird sie einen Versorgungsausgleich bezüglich der Betriebsrente bei der ZVöD in Höhe von ca. 435 DM anstatt wie bisher in Höhe von 84,34 DM monatlich erhalten.

Und das „GUTE“ daran ist, dass der frühere Ehemann keinen finanziellen Schaden erleiden wird, da sein Versorgungsträger ihm seine Betriebsrente bereits um 435,25 DM bzw. 222,54 € gekürzt hatte. Die „VERLIERER“ bei Anträgen nach § 51 Abs. 3 VersAusglG sind die Versorgungsträger des öffentlichen Dienstes oder – beim Ausgleich von nicht volldynamischen berufsständischen Versorgungsanwartschaften – die berufsständischen Versorgungsträger, weil sie nach neuem Recht der berechtigten Person durch die interne Realteilung die Hälfte des Ehezeitanteils zahlen müssen

während sie bisher dem Rentenversicherungsträger der berechtigten Person nur den viel geringeren (dynamisierten) VA-Betrag (in diesem Fall waren es 57,96 €) erstatten mussten. Die Differenz zwischen dem Erstattungsbetrag (57,96 €) und dem Kürzungsbetrag (435,25 DM bzw. 222,54 €) hat sich der Versorgungsträger „einverleibt“.

5. Antrag nach § 51 Abs. 1 und 2 VersAusglG i.V.m. § 225 FamFG

Sachverhalt: Ich habe im April 2009 für einen Mandanten (er erhielt eine Beamtenversorgung, bei der eine Kürzung aufgrund des VA in Höhe von 650 € monatlich vorgenommen wurde) einen Antrag nach § 10 a Abs. 1 Nr. 1 VAHRG gestellt. Nach Vorlage der neuen Versorgungsauskünfte hat sich ergeben, dass sich der „neue“ Versorgungsausgleichsbetrag zwar um 178,50 DM monatlich, bezogen auf das Ende der Ehezeit, vermindern würde; allerdings betrug die Verminderung lediglich 9,37 %, so dass die Wesentlichkeitsgrenze von 10 % der Erstentscheidung NICHT überschritten wurde mit der Folge; dass der Antrag abgelehnt wurde.

Ich habe Anfang September 2009 einen Antrag nach § 51 Abs. 1 und 2 VersAusglG in Verbindung mit § 225 FamFG gestellt. Diesem Antrag ist nunmehr zu entsprechen, da die Wertänderung bei der Beamtenversorgung mindestens 5 % des bisherigen Ausgleichswertes des Anrechts beträgt.

Tipp: Bei Beamtinnen und Beamten, die NICHT vorzeitig pensioniert wurden, ergibt sich VIELFACH durch die Verringerung des Versorgungsprozentsatzes, der Verminderung oder des Wegfalls der Sonderzahlung sowie – bei Bundesbeamten – der Verminderung gemäß § 4 a Bundessonderzahlungsgesetz (BSZG) ein um 5 % niedrigerer Ausgleichswert als im Erstverfahren, so dass die Voraussetzungen für eine Abänderung nach „NEUEM RECHT“ wesentlich einfacher zu erfüllen sind.

Daher sollte dieser Sachverhalt bei Ihrer Mandantin bzw. Ihrem Mandanten geprüft werden.

Noch ein Hinweis:

Schauen Sie in Ihren „alten“ Entscheidungen nach, ob eine Abzinsung mit der Barwert-VO vorgenommen wurde, so dass Sie dies heute unter den Voraussetzungen des § 51 VersAusglG und des § 225 FamFG korrigieren lassen können.

Viele Grüße und ein GESUNDES NEUES JAHR sendet Ihnen *Wilfried Hauptmann*